



„Zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor den Folgen des Passivrauchens“

Laut UN-Kinderrechtskonvention erkennt Deutschland das **Recht der Kinder** „...auf das **erreichbare Höchstmaß an Gesundheit**...“ an. Dieses Recht wird im Bezug auf den Schutz der Kinder und Jugendlichen vor den negativen gesundheitlichen Auswirkungen des Passivrauchens und Prävention des Rauchens nach wie vor in Deutschland negiert. Ursache hierfür ist die Tatsache, dass die Rechte auf Selbstverwirklichung der Raucher sowie die Einflussnahme der Tabakindustrie über die Rechte der Kinder- und Jugendlichen gestellt werden. So ist auch im Gegensatz zu anderen Ländern mit einer sehr viel restriktiveren Politik kein Rückgang der Raucherzahlen sondern im Gegenteil ein Anstieg bei immer niedrigerem Einstiegsalter zu verzeichnen.

Die katastrophalen Folgen für die Gesundheit der Kinder- und Jugendlichen sind hinreichend bekannt, ebenso wie die krebsauslösende Potenz des Zigarettenkonsums, sie werden aber billigend in Kauf genommen.

Eine zunehmende Anzahl rauchender Schwangerer (20%) führt zu einem erhöhtem Risiko für:

- ➔ Spontanabort
- ➔ Extrauterinschwangerschaft
- ➔ Plazentaablösung
- ➔ Vorliegende Plazenta
- ➔ Frühgeburtlichkeit
- ➔ Vorzeitigen Blasensprung
- ➔ Geringes Geburtsgewicht, kleiner Kopf, vermindertes Längenwachstum
- ➔ Totgeburt
- ➔ Geburtsdefekte
- ➔ Höhere Anzahl von Nikotinrezeptoren im Gehirn
- ➔ Höhere Wahrscheinlichkeit des Tabakkonsums im Teenageralter
- ➔ Übergewicht

Passivrauchen führt bei Kindern zu einem erhöhten Risiko für:

- ➔ plötzlichen Kindstod
- ➔ Asthma Bronchiale
- ➔ Mittelohrentzündungen
- ➔ Atemwegsinfektionen
- ➔ Andere chronische Lungenerkrankungen
- ➔ Verminderte körperliche Leistungsfähigkeit
- ➔ Störungen des Allgemeinbefindens
- ➔ eigenen Einstieg in das Rauchen mit allen negativen Folgen des Rauchens wie Lungenkrebs, chronische Atemwegserkrankungen, Gefäßerkrankungen etc.

Auf der politischen Ebene wird die Verantwortung für eine Verbesserung der Situation entweder ganz zurückgewiesen oder sie führt nur zu halbherzigen Entscheidungen (z.B. freiwillige Verpflichtung der Gastronomie in einem bestimmten Prozentsatz der Gaststätten Nichtraucherplätze zu etablieren). Eine eindeutige Positionierung von Seiten der Bundes- und Landesregierungen gibt es nicht.

Die Dt. Akademie für Kinder- und Jugendmedizin als Vertretung der Kinder- und Jugendärzte Deutschlands fordert daher die Bundes- und Landesregierungen auf, endlich den Mut zu haben, wie in anderen europäischen Ländern wirksame Maßnahme zum Schutz der Kinder- und Jugendlichen zu ergreifen.

Dies sind:

- ➔ Rauchverbote in allen öffentlichen, Kindern zugänglichen Räumen (USA)
- ➔ Vollständiges Rauchverbot in Gaststätten (Italien, Portugal)
- ➔ Verbot der Zigarettenreklame (EU-Recht)
- ➔ Verbot der öffentlich zugänglichen Zigarettenautomaten
- ➔ Verbot des Rauchens im Auto, wenn Kinder mitfahren (Türkei)

Hierbei werden wir auch durch neueste Umfragen unterstützt, die ergeben haben, dass ein zunehmend großer Anteil der Bevölkerung - auch der Raucher - rauchfreie öffentliche Räume begrüßen würde.

Wir finden es sehr bedauerlich, dass Deutschland zunehmend beim Kampf gegen den Nikotinmissbrauch zum Schlusslicht in Europa wird, weil es an der Bereitschaft unserer Gesellschaft fehlt, ihre schwächsten Mitglieder vor Schäden durch das Rauchen zu schützen.

Deutsche Akademie für Kinder- und Jugendmedizin e.V. | Chausseestr.128/129 | 10115 Berlin | Tel.: 030.4000588-0 | Fax.: 030.4000588-88 | e-Mail: kontakt@dakj.de | Internet: www.dakj.de